

AutorInnen des „Manifests der 25“

c/o Dr. Reiner Steinweg
Panholzerweg 26/12
A-4030 Linz
Tel./Fax 0043-732-94 30 17
e-mail: reiner.steinweg@liwest.at

30.3. 2007

Sehr geehrter Herr Ben-Meir,

wir haben Ihre ausführliche und freundschaftliche Antwort auf unsere Überlegungen zu den deutsch-israelischen Beziehungen mit Respekt und großem Interesse zur Kenntnis genommen, und wir bitten um Entschuldigung, dass wir Sie mit unserer Antwort so lange haben warten lassen.

Wir wissen uns mit Ihnen einig darin, dass „nur Offenheit und Aufrichtigkeit (...) eine intellektuelle und offene Diskussion der Probleme (...) ermöglichen.“ Dieser Grundkonsens ist uns sehr wichtig und wiegt in unserer Sicht mehr als so manche Differenz, auf die wir im Folgenden eingehen. Das gleiche gilt für die Freundlichkeit, mit der Sie uns entgegneten.

Über die „historischen Missverständnisse“, die Sie anführen, lassen wir uns gern aufklären. Manches war uns in der Tat nicht klar. In manchen Punkten können wir allerdings Ihre Bewertung nicht teilen. Wir folgen Ihrer Gliederung und beantworten Ihre Punkte der Reihe nach:

Ad 1: Ja, Sie haben recht, hätten die Palästinenser und die angrenzenden arabischen Staaten bereits im November 1947 den Teilungsplan der UN akzeptiert, wäre Israel, Palästina und der ganzen Region viel Blutvergießen und Leid erspart geblieben. Wir wünschten, es wäre so gewesen. Aber wenn wir uns in die Lage der Palästinenser und der Araber insgesamt hineinversetzen, können wir verstehen, wenn auch, da für uns UN-Resolutionen verbindlich sind, nicht billigen, dass sie sich der Empfehlung der UN-Generalversammlung damals widersetzt haben. 55 % des Landes – so unsere Information, korrigieren Sie uns bitte, wenn sie nicht zutreffen sollte – an ein Drittel der Gesamtbevölkerung, die ansässigen und eingewanderten Juden, abzutreten, die weniger als 6% des gesamten Boden Palästinas besaßen – konnte man erwarten, dass eine solche Entscheidung einfach hingenommen wird?. Und dies angesichts der Tatsache, dass die israelische Führung eigentlich das *ganze* Land Palästina westlich des Jordans beanspruchte. (Jedenfalls hatte Ben Gurion das 1942 und früher erklärt. Es ist naheliegend, dass die arabische Seite fürchtete, dass es mit der Teilung nicht sein Bewenden haben werde. Oder gab es im Herbst 1947 israelische Zusicherungen, die geeignet waren, diese Befürchtung zu zerstreuen?) Historisch nicht zur Gänze zutreffend ist unseres Wissens Ihr Satz *„Die Palästinenser lehnten das Angebot ab und entschieden, uns mit Hilfe der ausgerüsteten Armeen der fünf arabischen Nachbarländer ins Meer zu treiben.“* König Abdullah von Jordanien hatte doch in geheimen Verhandlungen mit der israelischen Seite geäußert, nur die Herrschaft über den arabisch besiedelten Teil Palästinas zu wollen – und er hat sich im Krieg entsprechend verhalten.¹

¹ Wir stützen uns bei dieser Einschätzung auf: Avi Shlaim, *Collusion Across the Jordan. King Abdullah, the Zionist Movement and the Partition of Palestine*, 1988.

Ad 2: Sie schreiben: „Das palästinensische Flüchtlingsproblem entstand durch diesen Krieg [von 1948].“ Dieser Satz stimmt dem „Großen Ploetz“, einer allgemein anerkannten Enzyklopädie, zufolge nur teilweise. Er klammert aus, dass der Angriff jüdischer Untergrundgruppen auf das arabische Dorf *Deir Jasin* bereits im April 1948, also Wochen vor dem Angriff der arabischen Staaten am 15. Mai, eine Massenflucht auslöste, und dass viele Palästinenser wie u.a. Ihre Landsleute Benny Monis und Ilan Pappé nachgewiesen haben, nicht freiwillig geflohen sind, sondern vertrieben wurden.² Auch scheint es eine bewusste Entscheidung der jungen israelischen Regierung gewesen zu sein, nach Kriegsende die Flüchtlinge und Vertriebenen nicht wieder ins Land zu lassen. Und *wenn* von den Arabern die Akzeptanz der Teilungsempfehlung der UN-Generalversammlung vom 29.11.1947 zu verlangen war, dann auch von der israelischen Regierung die Realisierung der jährlich bekräftigten, von Israel beim UN-Beitritt 1949 akzeptierten Resolution 194 vom 11. Dezember 1948, die das Rückkehrrecht aller Flüchtlinge und Vertriebenen der Region, gleich welcher Nationalität und welchen Glaubens, fordert.

Wir möchten aber noch einmal bekräftigen, dass gegenseitige Unrechtsaufrechnungen die Situation nicht verbessern können. Selbstverständlich können Sie den Hinweis auf *Deir Jasin* (oder auf die jüdischen Angriffe auf Einrichtungen der widerstrebenden britischen Mandatsmacht) mit einem vorangehenden Angriff arabischer Widerstandskämpfer beantworten, und vice versa zurück bis ins 19. Jahrhundert. Eine tragfähige, zukunftsorientierte Lösung kann nur auf anderem Wege gefunden werden.

Ad 3: Wir stimmen mit Ihnen überein, dass das Flüchtlingseleid der Palästinenser nicht *allein* aus dem Holocaust resultiert. Unsere Absicht war auch nicht historiographischer Art, das hätte ein ganz anderes Text-Format erfordert; vielmehr wollten wir einen Kernpunkt ansprechen, der im öffentlichen Diskurs und im Selbstverständnis der *Deutschen* unserer Meinung nach unterbelichtet ist: das von Ihnen unter 1) anerkannte Faktum, dass es letztlich auch der Holocaust war, der „Völker und Staaten davon überzeugte, im Jahr 1947 für die Errichtung eines jüdischen Staates zu stimmen“, auch wenn es unter dem Mantel dieses Konsenses weniger rühmliche Nebenmotive gegeben haben könnte.

Die Integration der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen aus dem heutigen Polen und Tschechien nach 1945 in Westdeutschland hatte grundlegend andere Voraussetzungen als die Situation der arabischen Flüchtlinge und Vertriebenen: Deutschland hatte erstens unzweifelhaft einen Angriffskrieg geführt, der rund 20 Millionen Bürgerinnen und Bürgern der Sowjetunion das Leben kostete und große Teile russischen Territoriums verwüstete. Dieser bedrückenden Tatsache konnte sich nach 1945 niemand entziehen. Eine der Folgen war die sog. Westverschiebung der polnischen und deutschen Bevölkerung, Vertreibung und Umsiedlung mehrerer Millionen Menschen.. Sie wurde in Polen, aber auch in Deutschland als Folge der deutschen Verbrechen begriffen, zumindest von der großen Mehrheit der Politiker. In Palästina dagegen kam der primäre Angriff auf die seit Jahrhunderten bestehenden Siedlungsverhältnisse aus der Sicht der *Araber* von den Juden, die auf arabischem Territorium einen eigenen Staat für sich beanspruchten. Auch dann, wenn man diesen Vorgang nicht als Angriff auf das damals noch junge arabische National-

² Ilan Pappé spricht sogar von planmäßigen ethnischen Säuberungen: Ilan Pappé, *The Ethnic Cleansing of Palestine*, 2006.

bewusstsein wertet, sind die Handlungen während des Teilungskrieges in keiner Weise mit dem vergleichbar, was sich Deutschland in Polen und Russland hat zu Schulden kommen lassen, selbst wenn man vom Genozid an den Juden sowie an den Sinti und Roma für einen Moment absehen würde (Strategie der verbrannten Erde, Verhungern lassen von Hunderttausenden sowjetischer Gefangener, Terrorherrschaft in Polen, Zwangsarbeit, extrem brutale Niederschlagung des Warschauer Aufstands von 1944 usw.) Es gab im Unterschied zur Situation in Palästina nach 1948 einfach kaum eine moralische oder gar politische Basis dafür, den ostdeutschen Flüchtlingen eine Rückkehr in ihre Heimat selbst in ferner Zukunft in Aussicht zu stellen.

Zeitgeschichtliche Dokumente zur Beurteilung der Lage der deutschen Flüchtlinge in den ersten Jahren nach Kriegsende zeigen übrigens, dass die Bereitschaft der westdeutschen *Bevölkerung*, Flüchtlinge und Vertriebene zu integrieren, sehr niedrig war. Sie wurden in einigen Regionen ähnlich betrachtet und mit vergleichbaren Etiketten belegt wie heute teilweise die in Deutschland lebenden Migranten und von mindestens 15 % der deutschen Bevölkerung noch immer (es ist eine Schande!) die Juden. Aber wahrscheinlich wäre es möglich gewesen, mit stärkerer arabischer Hilfe das Los der palästinensischen Flüchtlinge in den Lagern zu lindern. Es nicht zu tun, war zweifellos ein bewusster politischer Akt auf Kosten unschuldiger Menschen, den wir so wenig billigen möchten wie Sie. Bei dieser Bewertung ist allerdings zu berücksichtigen, dass wiederum laut Ploetz, um eine allgemein anerkannte Quelle zu zitieren, im Jahre 1978 von insgesamt 1,75 Mio zu diesem Zeitpunkt registrierten Flüchtlingen immerhin 880.000, also gut die Hälfte, in das Wirtschaftsleben der arabischen Länder voll integriert waren – angesichts der im Gegensatz zu Deutschland schwachen Industrialisierung dieser Länder eine Leistung, die Anerkennung verdient.

Ad 4: Das „Existenzrecht Israels“ wurde unseres Wissens auf saudische Initiative hin unter der Bedingung, dass Israel sich auf die Grenzen von 1967 beschränkt, von den Staaten der Arabischen Liga im Jahre 2002 ausdrücklich anerkannt. Die völkerrechtliche Anerkennung Israels in diesen Grenzen durch die große Mehrheit der Staatengemeinschaft steht ohnehin nicht zur Debatte. Die Freundschaft, von der wir in unserem Text sprechen, setzt diese Anerkennung selbstverständlich voraus. Dass die Hamas, die zu einer solchen Anerkennung bisher leider nicht bereit war, bei den letzten Wahlen in Palästina die Mehrheit bekam, hat unseres Wissens viele, sehr heterogene Gründe, unter anderem den durch Korruption gekennzeichneten Umgang mit den Staatseinnahmen des Autonomiegebietes. Es wäre daher unangemessen, die Wahl als Volksabstimmung über Anerkennung oder Nicht-Anerkennung Israels zu werten. Vor einer solchen Volksabstimmung wäre unseres Erachtens dafür zu sorgen, dass die explizite Anerkennung Israels erkennbare Vorteile für die Bewältigung des täglichen Lebens in Palästina und die Zukunft eines lebensfähigen palästinensischen Staates bietet. Wir sind nach allen uns zugänglichen Quellen davon überzeugt, dass unter diesen Bedingungen eine deutliche Mehrheit sich für eine Anerkennung Israels aussprechen könnte, und zwar unabhängig davon, wie die Hamas sich dann positioniert. Wir würden eine solche, unter internationaler Aufsicht durchgeführte Volksabstimmung (der eine entsprechende Volksabstimmung in Israel über die Anerkennung eines palästinensischen Staates folgen oder noch besser vorangehen könnte) unter im einzelnen auszuhandelnden Voraussetzungen befürworten und deutsche Unterstützung dafür anmahnen.

Einzelne auf Gewalt setzende Gruppen würden sicher auf beiden Seiten versuchen, eine solche Abstimmung zu sabotieren und ihr Ergebnis missachten. Dennoch wäre den Gewaltstrategien damit die entscheidende Legitimation entzogen, ein wesentlicher Schritt! Auf die Dauer wird auch die Hamas, will sie ihre Stellung in der palästinensischen Gesellschaft wahren, Israel in diesen Grenzen, und wenn es seinerseits die Besatzung beendet und die Hoheitsrechte Palästinas respektiert, anerkennen müssen. (Der Nordirlandkrieg oder der salvadorianische Bürgerkrieg sind Beispiele dafür, dass auch äußerst militante Gruppen sich irgendwann der Friedenssehnsucht der Bevölkerung beugen.) Signale in diese Richtung gab es ja schon. So wurde von der Hamas bzw. ihrem Chefberater Ismael Hanija Ahmed Yousef laut New York Times vom 1. 11. 2006 eine „hudna“ ins Spiel gebracht, ein Vorschlag zu einem umfassenden Waffenstillstand, der „die Parteien [verpflichtet], während dieser Zeit (etwa 10-Jahre) nach einer dauerhaften, gewaltlosen Lösung ihrer Differenzen zu suchen.“

Sie schreiben: *„Obgleich Israel schon fast 60 Jahre existiert und als regionale Supermacht gilt und obwohl die palästinensische Bevölkerung andererseits keine Möglichkeit hat, Israel militärisch zu besiegen, ist die Mehrheit der Palästinenser heute genauso wenig wie vor 58 Jahren bereit, das Existenzrecht Israels im Nahen Osten anzuerkennen.“* Ein Grund für die Veröffentlichung unserer Überlegungen ist genau dieses: Alle auf primär militärische Macht gestützte Sicherheit steht auf tönernen Füßen, in der Moderne noch mehr als in früheren Jahrhunderten, das ergibt sich jedenfalls aus den Befunden der Friedens- und Konfliktforschung. Letztlich werden andere, nicht-militärische Faktoren über Israels Zukunft entscheiden, unter anderem die Bereitschaft Israels, im Falle einer friedlichen Lösung dem dann existierenden Staat Palästina wirtschaftliche und technologische Hilfe zu leisten.

Ad 5: Viele von uns kannten Arafats Rede in Johannesburg von 1994 nicht. Seine Doppelzüngigkeit ist abscheulich. Aber sie ist zugleich nicht so außergewöhnlich, wenn wir an die europäische Geschichte denken, ist also keineswegs aus einem angenommenen arabischen Nationalcharakter oder muslimischer Tradition erklärbar. Friedensschlüsse sind nur allzu oft Kompromisse, die zähneknirsch eingegangen werden in der Hoffnung auf spätere Revision unter günstigeren politischen Umständen. Es kommt wesentlich darauf an, ob a) auf den Friedensschluss eine für die Bevölkerung positive wirtschaftliche und soziale Entwicklung sowie internationale Anerkennung folgt, die die Revisionsträume verblassen lässt. Der „Tag der Rache“ wird dann der St. Nimmerleinstag, und der Rest wird hohle Rhetorik zur Beruhigung der immer vorhandenen widerstrebenden Geister in den eigenen Reihen. Allerdings muss b) eine aktive Begegnungs- und Versöhnungsarbeit hinzukommen, so die deutsche Erfahrung insbesondere mit Frankreich, Polen und Tschechien. Wir haben seinerzeit mit Freude zur Kenntnis genommen, dass die israelische Gewerkschaft ha' Histadrut zwischen 1994 und 2000, bis zur zweiten Intifada, mit staatlicher Unterstützung zahlreiche Begegnungen zwischen israelischen und palästinensischen Jugendlichen organisiert hat, und einige von uns haben sie in der Endphase dabei unterstützt. Hier wäre wieder anzuknüpfen.

Ad 6: Ihr Bekenntnis *„Wir fürchten uns! Wir fürchten uns sehr“* ist der Satz Ihrer Antwort, der uns am meisten berührt und erreicht hat. Wir glauben Ihnen und nehmen Anteil daran! Es muss furchtbar sein, unter solchen Umständen leben zu müssen – und das nach der Erfahrung des Holocaust. Sie wird, daran haben wir keinen Zweifel, mit jeder auf Israel abgeschossenen Rakete und mit jedem Attentat

wieder aufgerufen – unvermeidbar und schrecklich. Israel (und Palästina nicht weniger) braucht alltägliche Sicherheit, soweit diese unter modernen Bedingungen überhaupt erreichbar ist. Darin haben wir Konsens. Es ist uns ein großes Anliegen, dass die relative Sicherheit, die wir in Europa derzeit genießen (die Massaker von London und Madrid haben uns gezeigt, *wie* relativ sie ist), auch im Nahen Osten einkehrt.

Mit großer Besorgnis sehen wir jedoch, dass die Reise derzeit in die entgegengesetzte Richtung zu gehen scheint, wenn wir die Informationen, die aus Tel Aviv, Teheran, Washington und London zu uns dringen, richtig deuten. Wir haben in unserem Manifest deshalb nicht zum Iran Stellung genommen, weil wir den Text auf den Kernpunkt der Beziehung zwischen Deutschland und Israel sowie Palästina beschränken und nicht auf die gesamte Nahostproblematik ausweiten wollten. Keine Frage, dass die Rhetorik der iranischen Mullahs seit den 60er Jahren bedrohlich und zu verurteilen ist. Wir haben großes Verständnis dafür, dass Israel darauf empfindlich reagiert. Allerdings sind wir überzeugt, dass ein Militärschlag gegen Iran der falsche Weg wäre, dieser potentiellen Bedrohung zu begegnen. Er wird die Sicherheitslage – nicht nur im Nahen Osten – noch einmal und noch dramatischer verschlechtern als der sog. Präventivkrieg gegen und in Irak. Und er wird nach allgemeiner Einschätzung die Fähigkeit des Iran, Atomwaffen zu produzieren, nur um wenige Jahre verzögern, stattdessen aber das längst überfällige Mullah-Regime über Jahre hinaus festigen. Aus unserer Sicht wäre es erfolgversprechender, gegenüber dem Iran eine ähnliche Strategie zu fahren wie seinerzeit gegenüber Libyen, dessen „Revolutionsführer“ Ghaddafi ebenfalls den Mund sehr voll genommen hatte. Heute kooperiert dieser Staat mit dem Westen, und niemand wird mehr behaupten, dass eine akute Bedrohung von ihm ausginge. (Wir verweisen dazu auf eine Studie von Harald Müller, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung/Frankfurt/a.M., die zeigt, dass es gerade *nicht* militärischer Druck war, der zu diesem Ergebnis führte.³)

Aus eben diesem Grunde sind wir in unserem Text auch nicht auf die Rolle Syriens und die Problematik der Golanhöhen eingegangen. Wir glauben jedoch Anzeichen dafür zu sehen, dass Syrien an einer Friedensvereinbarung mit Israel, so wie sie mit Ägypten und Jordanien vollzogen wurde, höchst interessiert ist, vielleicht auch um sich dem iranischen Einfluss entziehen zu können. Je länger die israelisch-palästinensische Konfrontation andauert, um so größer wird die Gefahr, dass die islamistisch-fundamentalistischen Kräfte in diesen Länder an Einfluss gewinnen und die Konfliktlage noch brisanter machen. Deshalb bedauern wir, dass die ersten Vereinbarungen, über die vor einiger Zeit in der Presse berichtet wurde, auf nachgeordneter Ebene bisher von der israelischen Regierung nicht aufgegriffen wurden. Allein auf die amerikanische Unterstützung zu setzen, halten wir für einen Fehler. Es könnte der Tag kommen, an dem die weltweite und die inneramerikanische Entwicklung die USA dazu veranlassen, ihre derzeit bedingungslos erscheinende Unterstützung Israels wieder zu relativieren.

Die al-Qaida ist unseres Wissens bisher im Nahen Osten, außer im Irak, und dies erst *nach* Intervention der USA und ihrer Verbündeten, nicht in nennenswertem Umfang aktiv geworden. Der drohende Zugriff der islamistischen Kräfte Pakistans auf die pakistanischen Atomwaffen ist wahrscheinlich nicht durch eine Politik zu stoppen, die in der muslimischen Welt als islamfeindlich wahrgenommen wird, im Gegenteil.

³ Harald Müller, Libyens Selbstentwaffnung. Ein Modellfall?, HSFK Report 6/2006, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung Frankfurt/a.M., <http://www.hsfk.de>

Generell wäre eine atomwaffenfreie Zone, verbunden mit einer ständigen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit nach dem Vorbild der KSZE, die den gesamten Nahen und Mittleren Osten umfasst, aus unserer Sicht die beste Lösung dieser Probleme. Sie müsste natürlich auch Israel einschließen.

Ad 7: Ihr Misstrauen gegen Europa ist angesichts der über Jahrhunderte andauernden europäischen Judenverfolgungen und Antisemitismus nur allzu verständlich. Wir haben in unserem Text ja explizit, wenn auch nur kurz, auf diese Vorgeschichte des Holocaust verwiesen, die auf keinen Fall ausgeklammert werden darf. Und wir bedauern sehr, wie unsere Vorfahren hervorragende Lehrer der Gleichberechtigung, Toleranz und Weltoffenheit wie Moses Mendelssohn gedemütigt haben. Für Friedrich II. von Preußen sollte allein schon deshalb, weil er die Juden von seiner viel gerühmten Toleranzpolitik ausgenommen hat, der Beiname eines „Großen“ ein für allemal gestrichen werden.

Auch wir wünschen uns eine noch aktivere europäische Politik gegenüber dem Iran. Allerdings sind zwei erfolgreiche europäische Versuche, den Iran zu einem Kompromiss zu bewegen, an den Verhandlungstisch zurückzukehren und während der Verhandlungen auf die Fortsetzung der Uran-Anreicherung zu verzichten – und das war mehr als ein Protestschreiben! – von der US-Regierung torpediert worden. Israel zu isolieren wäre aus unserer Sicht weder moralisch vertretbar noch politisch vernünftig. Israel macht es aber mit seiner Palästina-Politik, den nach Besatzungsrecht illegalen jüdischen Siedlungen und ihrer Bevorzugung in jeder Hinsicht – insbesondere den seit Oslo errichteten – den täglichen Arbeiterschwernissen, endlosen Wartezeiten an den Checkpoints, der Verzögerung von Krankentransporten, den Autostraßen nur für Juden usw. ungeheuer schwer, diesem von Ihnen wahrgenommenen Isolationstrend entgegenzutreten. Ein großzügiges Zeichen, dass diese Politik beendet werden soll, könnte ein wichtiger Schritt auf dem Weg aus dieser Isolierung sein.

Ad 8: Sie haben aus unserem Text den Eindruck gewonnen, dass für uns die „ganze antisemitische Vergangenheit [Deutschlands] (noch vor dem Holocaust) eigentlich nicht existierte.“ In diesem Punkt sehen wir uns von Ihnen missverstanden. Wir sind uns (und meinten das auch ausgedrückt zu haben) der antijüdischen und – seit Ende des 19. Jhd. – antisemitischen Traditionen und der diesbezüglichen Schuld vieler deutscher Personen und Institutionen lange vor dem Nationalsozialismus voll bewusst. Ein Leitmotiv für unser politisches Handeln in den vergangenen Jahrzehnten war daher der Kampf gegen den Antisemitismus und jede andere Ausprägung des Rassismus und der religiösen wie politischen Intoleranz. Dazu gehörte auch die Beschäftigung mit der Geschichte des Antisemitismus weit vor Beginn der faschistischen Epoche, auch wenn manche von uns und vermutlich der größere Teil der deutschen Bevölkerung sie zugegebenermaßen bei weitem nicht mit der Intensität betrieben haben, die geboten wäre. Das eindrucksvolle jüdische Museum in Berlin und andere Einrichtungen dieser Art sind wesentliche Schritte, um auch in dieser Hinsicht breitenwirksam Aufklärung zu betreiben.

Selbstverständlich kann keine Entschädigungsleistung die Vergangenheit kompensieren. Wir stimmen Ihnen zu: Israels Bereitschaft, schon so bald nach dem grauenhaften Völkermord an den europäischen Juden mit Deutschland zusammenzuarbeiten, war eine gerade auch für Deutschland und die Deutschen wichtige, historische Entscheidung und darf nicht vergessen werden. Es tut der Würdigung

dieser Bereitschaft keinen Abbruch, dass auch der junge Staat Israel mit dieser Anerkennung der Bundesrepublik Deutschland legitimerweise zugleich eigene, nicht ganz unähnliche Interessen verband – beiden jungen Staaten ging es um internationale Anerkennung.

Wir wollen die Freundschaft mit Israel nicht aufkündigen. Wir wollen nicht leugnen, dass Deutschland dieser Freundschaft viel zu verdanken hat. Wir wollen die Freundschaft mit Israel vielmehr bekräftigen, indem wir ein Verständnis von Freundschaft in Frage stellen, das unseres Erachtens ihrer produktiven Weiterentwicklung, dem Frieden im Nahen Osten und zugleich einer weltweiten Humanisierung der Politik entgegensteht. Darüber, dass die Bekämpfung antidemokratischer Tendenzen im Inneren Deutschlands und damit Europas hohe Priorität haben muss, sind wir mit Ihnen einig.

Es tut uns leid, dass unsere Erwähnung der von den Nationalsozialisten vertriebenen Intellektuellen als Versuch missverstanden werden konnte, sie zu „rekrutieren“, „um die palästinensische Seite zu rechtfertigen.“ Wir schätzen das große Erbe jüdischer Intellektualität, ohne das die deutsche und internationale Kultur um so viel ärmer wäre. Dies klar zu sagen, war uns auch deshalb wichtig, um Zustimmung von der falschen, von jeher antijüdischen deutsch-nationalen und rechtsextremen Seite zu vermeiden. Natürlich wollten wir den jüdischen Verfolgten des Naziregimes nicht unterstellen, etwa die Politik und die low intensity-Kriegführung der Hamas zu rechtfertigen, die zu ihrer Zeit noch gar nicht existierte. Aber erstens gibt es auch andere, auf *Versöhnung* ausgerichtete Kräfte, also nicht nur *eine* „palästinensische Seite“. Z. B. riefen palästinensische Intellektuelle am 17. 6. 2006 öffentlich in „Al-Quds“ auf, die Selbstmordanschläge zu beenden und forderten dringend eine Reform der palästinensischen Politik. Und zweitens können wir uns in der Tat nicht vorstellen, dass diese großen Geister einer Politik der kollektiven Bestrafung, Demütigung, Behinderung, Verletzung von Besatzungsrecht und Verdrängung je hätten zustimmen können. Wo finden sich in den Schriften der genannten und vieler nicht genannter jüdischer Schriftsteller, Wissenschaftler, Künstler und Musiker Äußerungen, auf die sich eine solche Politik berufen könnte?

Ad 9: Es ist richtig: Der jüdisch-palästinensische Konflikt wurde nicht durch die Immigration deutscher Juden ab 1930 ausgelöst. Das haben wir auch nicht behauptet. Vielmehr haben wir erstens geschrieben, dass die jüdische Emigration aus Europa Folge des europäischen Antisemitismus war, und zweitens, dass die extremste Form dieser unseligen Tradition, der Nationalsozialismus, die Einwanderung verstärkt hat. Wir lassen uns gern korrigieren, dass die uns bisher zugänglichen Zahlen untertrieben waren. Aber auch mit 350.000 (statt 160.000) jüdischen Siedlern hätte kein Staat errichtet werden können, zumindest nicht mit internationaler Zustimmung und Unterstützung. Insofern sind der israelisch-palästinensische Konflikt und das Elend der Palästinenser zu einem Teil (über dessen Größe man streiten mag) auf die schrecklichen Entwicklungen im Deutschland der 30er und 40er Jahre zurückzuführen. Deutsche Vermittlungsschritte im Nahen Osten sind nicht nur mit dieser Einsicht zu begründen, sie wären sinnvoll, auch wenn es diesen Hintergrund nicht gäbe. Aber als Deutsche können und wollen wir davon nicht einfach absehen. Dass Sie bereit sind, angesichts der Geschichte ausgerechnet von Deutschland solche Vermittlungsversuche zu akzeptieren, kann gar nicht genug gewürdigt werden und stellt eine echte positive Herausforderung dar. Wir versuchen, durch Beteiligung an der öffentlichen Debatte das Unsere dazu beitragen, dass die

deutsche Außenpolitik alles von hier aus Mögliche tut, um die von Ihnen zum Schluss genannten Organisationen und den Iran dazu zu bewegen, den Staat Israel in den Grenzen von 1967 (eventuell mit wechselseitig verabredeten Korrekturen) anzuerkennen. Eine solche Anerkennung wird nach unserer Einschätzung jedoch nur dann zu erreichen sein, wenn sich Israel davon überzeugen lässt, dass die nach Oslo weiterhin verfolgte Politik partieller Annexionen und partieller Verdrängung der Palästinenser diesem Ziel diametral entgegensteht. Deutsche Politik muss, wenn sie einen Beitrag zum Frieden im Nahen Osten leisten will, und das sollte sie unserer Meinung nach, den Dialog beharrlich mit *beiden* Seiten führen.

Auch wir grüßen Sie voller Hochachtung.

gez. Dieter Arendt, Detlev Bald, Jörg Becker, Johannes Maria Becker, Hanne Margret Birckenbach, Tilman Evers, Marianne Gronemeyer, Reimer Gronemeyer, Karlheinz Koppe, Gert Krell, Georg Meggle, Hannah Reich, Werner Ruf, Reiner Steinweg, Hajo Schmidt, Helmut Thielen, Christian Wellmann, Wolfram Wette